

Im Anschluß an seine Ausführungen über den politischen Inhalt der Hochschulreform, die wir auf Seite 1 zusammenfaßten, ging Prof. Dr. Ernst-Joachim Gießmann, Minister für Hoch- und Fachschulwesen, in seinem Vortrag vor Studenten der Karl-Marx-Universität auf die Stellung der Universität im Gesamtsystem der sozialistischen Gesellschaft ein.

Genosse Prof. Gießmann betonte, daß die Hochschulen in erster Linie Teil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems sind und daß sich daraus ihre künftigen Aufgaben bestimmen. Für die Hochschulen gilt wie für alle Teilsysteme der Gesellschaft die Forderung Walter Ulbrichts auf dem 2. Plenum des ZK der SED nach exakter Analyse, wo wir stehen, wie wir vorankommen und wo wir zurückgeblieben sind. Eine solche Analyse ergibt trotz zahlreicher Fortschritte entsprechend den Forderungen der Gesellschaft, daß sich die notwendigen Veränderungen an den Hochschulen nicht schnell genug entwickeln, daß das uneingeschränkte Verständnis für den grundsätzlichen politisch-ideologischen Inhalt der Hochschulreform noch nicht überall umfassend entwickelt ist.

Um das zu ändern, muß sich jeder Angehörige der Universitäten und Hochschulen über seine Verantwortung in diesem Prozeß klar werden und für die Durchsetzung der als richtig erkannten Aufgaben kämpfen.



Foto: Günter Katsch

Minister Gießmann nannte drei Hauptaufgaben:

Integration ins System, moderne Ausbildung, modernes Profil

Als erste Aufgabe, die wir lösen müssen, nannte Prof. Gießmann die **Integration der Hochschulen in das sozialistische Gesamtsystem**. Heute noch nehmen die Hochschulen in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung im gesellschaftlichen Leben ein. Das besteht vor allem auf drei Komplexen.

Erstens: Die Einbeziehung der Hochschulen in die Planung und Leitung der gesamten Gesellschaft und in das ökonomische System des Sozialismus ist noch ungenügend. Wir besitzen noch nicht genügend ökonomische Hebel, die in der notwendigen Richtung der Erhöhung der Effektivität von Ausbildung, Erhaltung und Forschung wirken. Damit hängt zusammen, daß das prognostische Denken noch nicht bei allen Hochschullehrern und Mitarbeitern genügend entwickelt ist.

Der Minister erklärte hier, was zu den prognostischen Aufgaben eines Hochschullehrers gehört. Der Hochschullehrer bildet Studenten aus, die in den Jahren 1980 erst voll in der Gesellschaft wirksam sein werden. Auf die dann stehenden Aufgaben muß er seine Lehr- und Erziehungstätigkeit einrichten. Das erfordert intensives Studium der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und der Entwicklungstendenzen seiner eigenen Wissenschaft. Das bedeutet auch, die Ausbildung so zu orientieren, daß sie den Studenten befähigt, neue wissenschaftliche Entwicklungen schnell aufzunehmen und schnell zu verarbeiten. Und das bedeutet schließlich, daß mit dem Überwachen der Fächer, die in 10 Jahren sowieso nicht mehr stimmt, endlich Schluß gemacht wird.

Der Minister unterstrich, prognostisches Denken bedeute nicht, daß man sich um die gegenwärtigen Pläne nicht kümmert. Er müsse leider noch oft feststellen, daß der für unsere Hochschulen feststehende Volkswirtschaftsplan nicht immer im Mittelpunkt der Anstrengungen der Hochschulleitungen und der einzelnen Wissenschaftler steht. Der Plan des Hochschulwesens verlangt, eine im Volkswirtschaftsplan festgelegte Anzahl von hochqualifizierten Absolventen in jedem Jahre zur Verfügung zu stellen. Wird der Plan nicht eingehalten, so gefährdet das die Entwicklung bestimmter Bereiche der Volkswirtschaft. Ein Wissenschaftler, der glaubt, sein wissenschaftliches Niveau durch eine möglichst große Anzahl von Fünfen in den Prüfungen beweisen zu müssen, ist in einer sozialistischen Hochschule fehl am Platz.

Zweitens: Die Einbeziehung der Hochschulen in die Planung und Leitung der gesamten Gesellschaft und in das ökonomische System des Sozialismus ist noch ungenügend. Wir besitzen noch nicht genügend ökonomische Hebel, die in der notwendigen Richtung der Erhöhung der Effektivität von Ausbildung, Erhaltung und Forschung wirken. Damit hängt zusammen, daß das prognostische Denken noch nicht bei allen Hochschullehrern und Mitarbeitern genügend entwickelt ist.

Der Minister erklärte hier, was zu den prognostischen Aufgaben eines Hochschullehrers gehört. Der Hochschullehrer bildet Studenten aus, die in den Jahren 1980 erst voll in der Gesellschaft wirksam sein werden. Auf die dann stehenden Aufgaben muß er seine Lehr- und Erziehungstätigkeit einrichten. Das erfordert intensives Studium der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und der Entwicklungstendenzen seiner eigenen Wissenschaft. Das bedeutet auch, die Ausbildung so zu orientieren, daß sie den Studenten befähigt, neue wissenschaftliche Entwicklungen schnell aufzunehmen und schnell zu verarbeiten. Und das bedeutet schließlich, daß mit dem Überwachen der Fächer, die in 10 Jahren sowieso nicht mehr stimmt, endlich Schluß gemacht wird.

Der Minister unterstrich, prognostisches Denken bedeute nicht, daß man sich um die gegenwärtigen Pläne nicht kümmert. Er müsse leider noch oft feststellen, daß der für unsere Hochschulen feststehende Volkswirtschaftsplan nicht immer im Mittelpunkt der Anstrengungen der Hochschulleitungen und der einzelnen Wissenschaftler steht. Der Plan des Hochschulwesens verlangt, eine im Volkswirtschaftsplan festgelegte Anzahl von hochqualifizierten Absolventen in jedem Jahre zur Verfügung zu stellen. Wird der Plan nicht eingehalten, so gefährdet das die Entwicklung bestimmter Bereiche der Volkswirtschaft. Ein Wissenschaftler, der glaubt, sein wissenschaftliches Niveau durch eine möglichst große Anzahl von Fünfen in den Prüfungen beweisen zu müssen, ist in einer sozialistischen Hochschule fehl am Platz.

Dazu gibt es noch einen zweiten Plan, den Plan der Forschungsarbeiten. Ob es sich um Staatspläne oder um Themen der Vertragsforschung handelt, in beiden Fällen wartet die Gesellschaft auf die Ergebnisse. Auch hier müssen sich alle Angehörigen der Universitäten und Hochschulen darüber klar sein, daß Terminverzögerungen und ungenügende Hilfe für die Industrie bei der Einführung neuer Forschungsergebnisse uns allen schaden.

Von einer Atmosphäre der Unduldsamkeit gegenüber solchen Erscheinungen ist an den Hochschulen noch zu wenig zu spüren, betonte der Minister und verwies in diesem Zusammenhang auf einen zweiten Komplex, darauf, daß noch nicht alle Reize des Eliten Denkens an den Universitäten überwunden sind.

Das fängt mit einer ideologischen Frage an: mit der Stellung des Wissenschaftlers in der Gesellschaft. Man finde oft noch eine unvermeidbare Arroganz gegenüber der Industrie, gegenüber der materiellen Produktion, deren Arbeit nun einmal die Tätigkeit der Hochschulen überhaupt ermöglicht. Diese Arroganz scheint sich sogar zu vererben. Den Studenten werde oft genug ein Hochmut eingebläut, der mit dem Geist unserer Gesellschaftsordnung und speziell auch unserer neuen Verfassung nicht zu vereinbaren ist. Auch hier seien prognostische Überzeugungen am Platz: In zwanzig Jahren werden etwa sechsmal so viel Hochschulabsolventen in der Produktion tätig sein. Das bedeutet, daß diese Kräfte in großen Kollektiven gemeinsam mit anderen Arbeitern arbeiten werden. Daher müssen schon die Studenten lernen, in Kollektiven schöpferisch zu arbeiten.

Auch im Verhältnis der Wissenschaftler untereinander gebe es, so vermerkte Prof. Gießmann, alte schlechte Traditionen und auch neue schlechte Traditionen. Das private Königreich des Institutdirektors habe sich viel zu oft in die heutige Zeit hindübergerettet. Jüngere Wissenschaftler und Studenten werden oft in eine Abhängigkeit gebracht, die es ihnen erschwert, ihre neuen Gedanken zur Wissenschaft und Ausbildung wirksam vorzutragen. Unter unseren Bedingungen beziehe ein Leiter seine Autorität einmal durch seinen Sachverstand und seine Fähigkeit, politisch-ideologisch zu führen, zum anderen aber gerade aus seiner Fähigkeit, alle Grundfragen mit seinen Mitarbeitern zu beraten und mit ihnen ein wirklich sozialistisches Kollektiv zu bilden.

Der Minister gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch die Studenten und jungen Wissenschaftler hierzu einen wichtigen Beitrag leisten werden.

Im dritten Komplex sprach Minister Prof. Gießmann zu einigen Besonderheiten des Hochschulbaus. Die Hochschulen der DDR sind den Universitäten und Hochschulen der kapitalistischen Länder um eine ganze Epoche voraus. In der DDR ist der gewählte Rektor gleichzeitig der staatliche Leiter der Universität oder Hochschule, niemand setzt ihm einen Kurator oder Kanzler vor die Nase. Damit ist in unserer Republik eine Demokratisierung der Hochschulleitung erreicht, wie sie in Westdeutschland noch nicht einmal in den gewagtesten Reformvorschlägen vorgesehen ist.

Aber Demokratie bedeutet nicht, daß wir eine Gelehrtenrepublik, einen Staat im Staate haben wollen, sondern sie bedeutet, daß die verantwortlichen Leiter der Hochschulen nach den in der Gesellschaft bewährten Prinzipien der Einheit von Einzelleitung und kollektiver Beratung die volle Verantwortung vor der Gesellschaft für die Entwicklung der Hochschulen übernehmen. Dazu gehört auch, daß sie die Leitung nach unten so organisieren, daß Platz für Initiative und moderne Entwicklungen geschaffen wird und daß die Verantwortung jedes einzelnen vor der Gesellschaft für die Effektivität seiner Arbeit deutlich wird.

Die Hochschulprinzipien sehen vor, neue Formen der Gemeinschaftsarbeit vor, neue Formen der Sektionen, zu finden. Der Minister verwies darauf, daß im letzten Jahr eine Anzahl solcher Sektionen gegründet wurde, schätzte aber auch, daß nur ungenügend der angestrebte grundlegende ideologische Inhalt deutlich geworden ist. Neben den Sektionen beständen kleine Institute nach wie vor fort und blockierten die Bildung leistungsfähiger Einheiten. Der Inhalt neuer Formen kann nur entstehen, hob Prof. Gießmann hervor, wenn die betreffenden Wissenschaftler selbst davon überzeugt sind, daß sie verpflichtet sind, die Effektivität ihrer Arbeit zu erhöhen. Sonst bleiben die besten Strukturen leere Formen. Das könne nicht durch Verfügung des Ministers geändert werden, hier liege vielmehr die Verantwortung jedes einzelnen, der sich für den gesellschaftlichen Fortschritt verantwortlich fühlt.

Wir müssen die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zur Überwindung veralteter Strukturen und Traditionen einsetzen, schloß der Minister seine Ausführungen zur ersten Hauptaufgabe, die gegenüber den Hochschulen und Universitäten der DDR steht.

Die zweite Hauptaufgabe besteht darin, führte Prof. Gießmann aus, überall – vor allem aber in den strukturbestimmenden Bereichen – die modernsten Grundsätze der Ausbildung und Erziehung wirksam werden zu lassen. An den Hochschulen unserer Republik gibt es große Potenzen für eine hochwirksame, moderne Ausbildung und Erziehung. Drei Einflüsse auf unsere Lehr- und Erziehungstätigkeit seien jedoch nicht genügend organisiert:

Erstens der Einfluß der Praxis auf die Ausbildungsinhalte. Das Ministerium werde die Pläne der Fach- und Spezialstudienrichtungen von den Organen der gesellschaftlichen Praxis, den VVB usw. prüfen lassen und erst nach Zustimmung dieser Organe die Lehrprogramme bestätigen. Ebenso müßten die Grundstudienrichtungen in engem Zusammenhang mit der Praxis aufgebaut werden.

Zweitens der Einfluß der Wissenschaftsentwicklung auf den Aufbau der Studienfächer. Wenn der Inhalt des Studiums weitgehend durch die Praxis bestimmt wird, so tragen die Organe der Hochschulen eine hohe Verantwortung für das Niveau der Ausbildung. Minister Gießmann nannte es angesichts der heutigen stürmischen Entwicklung der Wissenschaft unmöglich, daß ein Professor seinen Studenten Jahr für Jahr dieselbe Vorlesung anbietet. Es sei eine Atmosphäre nötig, die die Hochschullehrer veranlaßt, ständig zu überprüfen, ob sie wirklich in ihren Lehrveranstaltungen an der Front der Wissenschaft stehen.

Drittens der Einfluß der Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter auf die Gestaltung des Studiums. Dieser Einfluß müsse in erster Linie durch Einbeziehung aller Kräfte in die Forschungsaufgaben des betreffenden Fachgebietes erfolgen. Studenten sind keine Konsumenten der Wissenschaft, sondern sie müssen sie selbst weiterentwickeln.

Als dritte Hauptaufgabe kennzeichnete Minister Prof. Gießmann das **Profil der modernen sozialistischen Hochschule** zu schaffen. Das bedeute: 1. eine neue Form der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden auf der Basis der gemeinsamen Anstrengungen zur Entwicklung des Sozialismus zu schaffen; 2. die Gesamtheit der Hochschulen so aufeinander abzustimmen, daß auf effektivste Weise die benötigten Kräfte ausgebildet werden; 3. die Verbindung der Hochschule mit der gesellschaftlichen Praxis so zu organisieren, daß sich für die Hochschule eindeutige Schwerpunkte ergeben (das Ministerium könne nicht sagen, mit welchem VEB die Hochschule kooperieren müßte, aber das Ministerium fördere eine Orientierung auf zwei oder drei VVB oder VEB statt auf zwanzig, weil sonst keine fruchtbare Wechselwirkung entstehen könne); 4. die moderne sozialistische Hochschule auch in ökonomischer Hinsicht als eigenverantwortliche Einrichtung betrachten zu lernen.

Mit diesen Maßnahmen werde ein Beitrag zur verstärkten Einbeziehung der Hochschulen in das Gesamtsystem des Sozialismus geleistet. Notwendig sei eine Atmosphäre der schöpferischen Ungeduld auf allen Ebenen: gegenüber dem Ministerium, wenn es zu lange zögert, herangeleitete Fragen zu entscheiden; gegenüber den Professoren, wenn sie sich nicht um die Probleme ihrer Studenten kümmern; gegenüber den Studenten, wenn sie keine selbständige wissenschaftliche Aktivität entwickeln. Dabei sei das Wichtigste die Ungeduld mit sich selbst. Jeder müsse sich fragen, welchen Beitrag er selbst zu dem großen Werk der Umgestaltung und Fortentwicklung der Hochschule und damit zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft leistet.

Der Minister schloß seinen Vortrag mit dem Hinweis: Entscheidend ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller an der Hochschule Wirkenden zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Damit leisten wir den besten Beitrag zur Schaffung der sozialistischen Menschengemeinschaft, deren Bild in der neuen Verfassung unserer Republik so eindrucksvoll gezeichnet wird.

Das „Niemandland“ des Nonkonformismus - Tragik und Verhängnis eines „linken Marxisten“

Von Günter Katsch und Dr. Karin Ruckick

(IV) Sein oder Nichtsein

Woraus resultieren diese widersprüchlichen Auffassungen eines nonkonformistischen Historikers und wie sind sie zu werten? Sie haben – das sei zunächst festgestellt – politische, erkenntnistheoretische und soziale Ursachen.

1. Walter Ulbricht stellte auf dem VII. Parteitag im Zusammenhang mit der Einschätzung von Karl Jaepoxy fest: „Wir wissen, daß es für die Angehörigen der westdeutschen Intelligenz, für humanistisch und demokratisch gesinnte Bürger in der westdeutschen Bundesrepublik nicht leicht ist, gegen den Strom der nationalistischen und militarischen Manipulation der Menschen zu schwimmen.“

Unter dem Druck der antikommunistischen Hetze und Diffamierung hat Arno Peters dieser Manipulation des Menschen weitgehendes Zugeständnis gemacht. Das läßt sich beweisen, wenn man seine Auffassung von der Nr. 1 bis zur Nr. 33 seines Periodikums verfolgt.

2. Um einerseits dem drohenden Verbot der „Synchronoptischen Weltgeschichte“, die ja seine Existenzgrundlage bildete, zu entgehen, andererseits seine Geschichtsauffassung nicht voll und ganz preiszugeben, glaubte er, sich gerade noch in der ideologischen Peripherie der formierten Gesellschaft bewegen zu müssen. Da diese schwer abzustecken ist und Tendenzen der Verengung und Erweiterung sie beeinflus-

sen, wobei insgesamt erstere überwiegen, vertritt er z.T. Ansichten, die gegenüber der DDR und der SED objektiv feindlichen Charakter tragen.

3. Der Erfolg der „Synchronoptischen Weltgeschichte“ und die vielfältigen Mißerfolge (z. B. Scheitern des Periodikums) haben sowohl zu persönlicher Überheblichkeit als auch zu sektiererischen Auffassungen geführt. Arno Peters bemühte sich sogar, einen Katalog von Forderungen aufzustellen, welche Änderungen in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zu erfolgen hätten, um den Sozialismus zu „vermenslichen“.

4. Das Nichtverständnis der Politik der SED bzw. z.T. das Nichtverstehenwollen und die Angst von Gegnern und vermeintlichen Freunden als Dogmatiker bezeichnet zu werden, haben zu einem Streben nach Originalität um jeden Preis geführt. Diese Originalität erweist sich bei näherer Betrachtung vielfach jedoch als eine Wiederholung von Thesen, die durch die Mar-

xisten-Leninisten bereits vor Jahrzehnten ad absurdum geführt wurden sind.

Die Tatsache, daß das „Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus“ in Westdeutschland nicht verboten wurde, ist unter mehreren Aspekten einer Beachtung wert.

Es wird deutlich, daß die Bonner Machthaber jenen, die die Bundesrepublik kritisieren oder sogar ablehnen, zu verzeihen gewillt sind, wenn sie zugleich die DDR angreifen. Diese Nonkonformisten erfahren sogar eine besondere – oft stille – Wertschätzung, weil sie auf Teile der Bevölkerung Einfluß ausüben, die die offizielle Propaganda nicht erreicht. Genosse Hager hat diesen Sachverhalt auf der 4. Tagung des ZK der SED sehr treffend mit einem Zitat des bürgerlichen Philosophen Herbert Marcuse charakterisiert, der unlängst erklärt habe, daß er, was die Macht beträfe, ohne jeden geringsten Einfluß sei. „Im Gegenteil, die Macht kann es sich leisten, daß ich da umhergehe und das alles sagen kann, weil sie ganz genau weiß, sie braucht vor dem Professor keine

Angst zu haben.“ Marcuse bezeichnet diesen Sachverhalt übrigens treffend als „repressive Toleranz“ – Unterdrückung durch Duldung.

Auf dem Marburger Historikertag forderte einer der führenden bundesdeutschen Historiker, daß die westdeutsche Gesellschaft das ihr Widerstrebende als Ornament integrieren müsse. Das bedeutet nichts anderes, als die Tatsache, daß die Herrschenden gezwungen sind, positive Elemente in eine negative Gesamtkonzeption einzubehalten, wobei ihre führenden Vertreter vor der Schwierigkeit stehen, das richtige Maß zu finden, da ein Mangel derartiger positiver Elemente die Wirkung der Gesamtkonzeption entscheidend beeinträchtigt bzw. sogar auslöschen kann, während ein Zuviel die Gesamtkonzeption selbst gefährdet. Das kann auf die gesamte bürgerliche Ideologie der Gegenwart ausgedehnt werden.

Welche Perspektive haben die Nonkonformisten, und worin besteht ihre objektive Aufgabe? Die Intelligenz und natürlich auch die nonkonformistische Intelligenz bedarf, um ihren wahren Interessen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden, der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung bedarf der Intelligenz. Diese Feststellung wurde von Genossen Hager auf der 4. Tagung des ZK unserer Partei erneut erhärtet. Er stellte fest, daß, da diese sogenannten „linken“ Ideologen „jedoch die historische Mission der Ar-

beiterklasse und deren führende Rolle im antikapitalistischen Kampf nicht erkennen, statt dessen die Umgestaltung der Gesellschaft von einer Intelligenzelite erwarten und sich durch antikommunistische Vorbehalte den Blick auf die Realitäten, auf das wahre Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland versperrten, ... ihre Kritik praktisch ohne Wirkung“ bleibt, „solange sie nicht den entscheidenden Schritt zu wirkungsvollen Aktionen an der Seite der Arbeiterklasse machen. Ohne diesen Schritt lassen sich ... die humanistischen Ideale nicht verwirklichen.“

Die westdeutsche humanistisch gesinnte Intelligenz hat im Interesse der Zukunft Deutschlands und der Sicherung des Friedens keinen anderen Weg, als gegen den Strom des Militarismus und Imperialismus zu schwimmen. Es hängt von der Stärkung der DDR und von seinem Verhältnis zur DDR ab, ob der Nonkonformismus seine positiven Ideen verwirklichen kann. Jede objektiv feindliche oder falsche Auffassung über die DDR erweist sich als Bumerang.

Der Nonkonformismus in Westdeutschland kann aus seinem Dilemma nur heraus, wenn er unsere Bestrebungen, den deutschen Friedensstaat politisch, ökonomisch, kulturell und militärisch zu stärken, anerkennt und unterstützt.